

Wir machen **die Region** stark

durch soziale Verantwortung, wirtschaftliche Vernunft

und ökologische Erneuerung.

DAS **WAHLPROGRAMM** DER SPD REGION HANNOVER FÜR 2011–2016

Weil wir hier zuhause sind.



I. Viel erreicht: 10 Jahre Region Hannover – 10 Jahre Lebensqualität und Fortschritt

Die Region Hannover feiert in diesem Jahr ihren 10. Geburtstag. Diese sozialdemokratische Idee hat sich bewährt. Wir sehen heute, dass die damalige Entscheidung richtig gewesen ist. Die Region Hannover wurde von uns geschaffen, um durch eine »Politik aus einer Hand« die Entwicklung des Ballungsraumes Region Hannover für die Menschen in der Stadt Hannover und im Umland positiv zu gestalten. Wer hier lebt, verhält sich regional, wenn es um den eigenen Arbeitsplatz, Wohnen, die Freizeitgestaltung und vieles mehr geht. Die Politik war daher aufgefordert, darauf mit den richtigen Weichenstellungen für eine bürgerinnen- und bürgernahe kommunale Selbstverwaltung zu reagieren. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dies beherzt getan und mit der Region Hannover eine politische Einheit erschaffen, die heute vielen als Vorbild einer stadtreionalen Kooperation gilt. Das hat die Lebensqualität für die Einwohnerinnen und Einwohner der Region nachhaltig vergrößert.

10 Jahre Lebensqualität durch eine starke Region Hannover

Der Aufbau einer effizienten Verwaltung und gleichzeitig die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge waren und sind für uns die festen Größen der Regionspolitik. Die Dienstleistungen der Region Hannover für ihre Einwohnerinnen und Einwohner sind ihr Markenkern. Sie machen die Stärke der Region Hannover aus und sorgen für eine hohe Lebensqualität. Während andernorts das kommunale Tafelsilber verkauft und damit politische Einflussnahme für die Menschen aufgegeben wurde, sind wir dem Prinzip der öffentlichen Trägerschaft mit einem vielfältigen Leistungsspektrum treu geblieben. Wir wollen unsere Unternehmen weiter stärken, sie effizient aufstellen und so in kommunaler Hand zukunftsfähig machen.

Mit dem Klinikum Region Hannover beweisen wir, dass Gesundheit keine Ware ist. Mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir es geschafft, effiziente und bürgerfreundliche Kliniken aufzubauen. An anderen Orten ist Gesundheit privatisiert, in der Region Hannover geht ökonomische Vernunft mit medizinischer Qualität und einer dem Gemeinwohl verpflichteten Daseinsvorsorge einher. Das gilt auch für die Abfallentsorgung durch den Zweckverband aha und für den Öffentlichen Personennahverkehr in Gestalt der üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG und der RegioBus Hannover GmbH. Mit dem Zoo Hannover haben wir einen Publikumsmagneten, der über die Grenzen Hannovers Strahlkraft entwickelt hat. Mit dem Naturpark Steinhuder Meer gibt es in der Region ein einzigartiges Naherholungsgebiet, das viele Menschen besuchen und das über die regionalen Grenzen hinaus bekannt ist.

10 Jahre soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft

Dabei müssen unsere öffentlichen Unternehmen den Vergleich mit der freien Wirtschaft nicht scheuen. Das Klinikum hat 2009 erstmals eine schwarze Null geschrieben. Jetzt ist es soweit, dass Investitionen mittelfristig aus Eigenmitteln mitfinanziert werden können, und die medizinische und pflegerische Qualität ist verbürgt. Der Zweckverband aha steht als Garant für eine zuverlässige, wirtschaftlich verantwortungsvolle und kostengünstige Abfallentsorgung. Als einziger Abfallwirtschaftsbetrieb in Niedersachsen bietet er mit den Wertstoffhöfen ein kostenfreies Angebot, das aus dem normalen Gebührenhaushalt gedeckt wird. Darüber hinaus verfügt die Region über einen leistungsfähigen, kundenfreundlichen und preisgünstigen öffentlichen Nahverkehr.

Die Sparkasse Hannover, gebildet aus Kreis- und Stadtparkasse Hannover gehört zu den fünf größten Sparkassen in Deutschland. Sie ist ein wesentliches wirtschaftspolitisches Instrument der Region und hat sich als leistungsfähige Partnerin der mittelständischen Wirtschaft erwiesen.

Die Wirtschaftsförderung wurde von uns zielgenau ausgerichtet. Mit der Gründung der Hannover-Holding für Wirtschaftsförderung, Marketing und Tourismus GmbH haben wir wesentliche Elemente gebündelt. Die Gesellschaft hannoverimpuls, das Technologiezentrum Hannover und die Existenzgründung Hannover GmbH wurden miteinander verschmolzen und neu aufgestellt. Der Erfolg dieser zielgerichteten Wirtschaftsentwicklung hat sich durch das konkrete Entstehen von Arbeitsplätzen in zukunftsorientierten Branchen gezeigt.

Wir haben die Bildungschancen in der Region erhöht, indem wir seit 2008 jährlich mit jeweils 250.000 Euro für die Sprachförderung in Kindertagesstätten die unzureichende Landesförderung verdoppelt haben. Ebenfalls 250.000 Euro stehen seit 2008 für präventive, familienunterstützende Projekte - u.a. Familienhebammen - zur Verfügung. Das Berufsschulwesen haben wir modernisiert und unsere Berufsschulen über Schwerpunktbildungen zu branchenorientierten Kompetenzzentren weiterentwickelt.

Um mobilitätseingeschränkten Menschen im gesamten Regionsgebiet mehr Teilhabe am öffentlichen Leben zu sichern, haben wir eine einheitliche Mobilitätshilfe für Umland und Landeshauptstadt Hannover eingeführt.

Wir haben zudem ein Sozialticket für den Öffentlichen Personennahverkehr in der Region genauso wie einen Sozialtarif für den Zoo eingeführt.

10 Jahre ökologischer Fortschritt

Umwelt-, Landschaft- und Klimaschutz sind ganz wesentliche Voraussetzungen für das Wohlbefinden der hier lebenden Menschen. Wir haben ein Klimaschutz-Rahmenprogramm beschlossen, das die Grundlage zur Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen in der Region bildet.

Das alles sind nur einige Beispiele, die belegen, dass sozialdemokratische Regionspolitik Erfolge für eine positive Entwicklung und für Fortschritt in der Region Hannover zu verzeichnen hat. Wer heute auf die Region Hannover schaut, sieht eine wirtschaftlich starke und gleichwohl solidarische, ökologisch bewusste und weltoffene Region. Sie ist das Ergebnis der Ideenkraft und des Engagements von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Dem fühlen wir uns weiter verpflichtet. Das ist der Grund, warum wir selbstbewusst dafür werben, dieses Erfolgsmodell fortzuführen.

II. Viel zu tun: 10 Ziele für eine starke Region Hannover

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Region Hannover zu einer starken Region für die Menschen machen, die hier leben. Dabei leiten wir unsere Politik von langfristigen und klaren Zielsetzungen ab, die über den Tag hinaus reichen und Maßstab für unser Denken und Handeln sind.

Unsere Ziele für die Region Hannover sind:

- Eine leistungsstarke kommunale Grundversorgung der Menschen in öffentlicher Verantwortung, insbesondere im Gesundheitsbereich, im Pflegebereich, bei den Bussen und Bahnen sowie bei der Abfallentsorgung (Daseinsvorsorge).
- Die Region Hannover als wirtschaftsstärkste Region in Niedersachsen.
- Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit auf »Null«.
- Die beste berufliche Bildung und Qualifikation der unter 25-Jährigen in der Region Hannover.
- Eine Region, die gesellschaftliche Teilhabe auch für die Einkommensschwachen ermöglicht. Konkret bedeutet das z. B. den Erhalt des bestehenden Sozialtickets und des Sozialtarifes für den Zoo Hannover.
- Die größtmögliche Verwirklichung der Inklusion in der Region Hannover.
- Die Verwirklichung der klimaneutralen Region Hannover und die Verringerung der CO₂-Emissionen im Regionsgebiet bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 um 40 Prozent.
- Die Sicherung eines weiterhin bezahlbaren und hochwertigen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).
- Mehr Frauen in Führungspositionen.
- Verringerung der Schuldenlast durch kluges Sparen und langfristig das Erreichen eines ausgeglichenen Regionshaushaltes.

III. Unser Programm für eine starke Region Hannover

- Starke Wirtschaft und gute Arbeit
- Krankenhäuser in der Region
- Verkehr und Mobilität
- Klima-, Umweltschutz, Energie und Naherholung
- Bildung und Jugend
- Den sozialen Zusammenhalt stärken
- Vielfalt und Integration
- Kultur und Sport in der Region
- Lebendige Städte und Dörfer
- Starke Demokratie, Ehrenamt und bürgernahe Verwaltung
- Hilfs-, Rettungsdienste, Feuerwehren stärken
- Solide Finanzen und starke Unternehmen der Region

Starke Wirtschaft und gute Arbeit

Wirtschaftliche Entwicklung ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kein Selbstzweck und kein Naturgesetz. Wir wollen mehr Wohlstand, mehr Umwelt- und Klimaschutz und wir wollen mehr gute Arbeitsplätze. Dazu gestalten wir die Wirtschaft.

Eine starke Wirtschaft ist die beste Grundlage für Wohlstand und eine hohe Lebensqualität in der Region Hannover. Sie sichert und schafft Arbeitsplätze als Basis für ein gutes Leben. Wir wollen gute Arbeit zu gerechten Bedingungen, die allen Menschen in der Region auch dann einen Arbeitsplatz ermöglicht und sichert, wenn schwere Zeiten wie die zurückliegende Wirtschafts- und Finanzkrise unsere Welt in schweres Fahrwasser bringen. Wir stehen deshalb für eine Region Hannover, die sich der hier ansässigen Wirtschaft verbunden fühlt, und wir stehen für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten, dem Handwerk, den kleinen und mittelständischen und großen Unternehmen. Sie sind die Garanten für gute Arbeit zu fairen Löhnen.

Die SPD ist dabei der festen Überzeugung, dass wir die wirtschaftliche Dynamik so beeinflussen können, dass Vollbeschäftigung möglich wird. Der Weg dahin ist nicht einfach und wir können nicht versprechen, in den nächsten fünf Jahren in der Region Hannover die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Doch wir können versprechen, dass wir daran arbeiten werden und vorrangig die Jugendarbeitslosigkeit beseitigen werden. Dazu nehmen wir Einfluss, wie sich die Infrastruktur in der Region entwickelt und wie sich die wirtschaftlichen Potentiale in der Region entfalten können. Mit den Instrumenten der regionalen Arbeitsmarktpolitik können wir zudem berufliche Qualifikationen absichern und diese für wachsende Märkte verfügbar machen.

Unsere Politik für eine starke Wirtschaft und gute Arbeit baut dabei auf drei Säulen auf: Innovationen, Wirtschaftsförderung sowie Ausbildung und Qualifizierung und ständige Weiterbildung.

Starke Wirtschaft

Die Region Hannover ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort für viele Unternehmen. Ihre Wirtschaftsstruktur zeichnet sich durch einen Schwerpunkt im Dienstleistungsbereich und eine starke industrielle Basis aus. Sie verfügt über eine exzellente Hochschullandschaft. Diese bildet qualifizierten Nachwuchs für und in der Region aus. Die Absolventinnen und Absolventen bieten ein starkes Potential für den regionalen Arbeitsmarkt und Existenzgründungen, das wir unterstützen wollen. Neben jungen Akademikerinnen und Akademikern bilden die Hochschulen auch im gewerblichen und kaufmännischen Bereich erheblich aus. Die Hochschulen liefern über ihre Forschung wichtige Innovationen, die den Unternehmen in der Region einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Die Infrastruktur ist aufgrund der perfekten Anbindung durch Autobahnen, Schienennetz, Luftverkehr und Binnenschifffahrtswegen überdurchschnittlich. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sind es, die von der sozialdemokratischen Sicherung dieses hohen Standards und der für Unternehmen wichtigen sozialen Infrastruktur profitieren. Mit dem Flughafen Hannover verfügt die Region Hannover über ein bedeutsames Wirtschaftsunternehmen, das zugleich ein wichtiger Jobmotor in der Region ist. Der »Campus Flughafen« wird zu einem Dienstleistungsstandort weiterentwickelt. Zwischen Anliegern und dem Flughafen ist ein Interessenausgleich zu den Bereichen Lärm, Emissionen, Nachtflug und Wirtschaftlichkeit im Rahmen eines Nachbarschaftsdialogs zu erreichen. Mit der Gründung der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg wurde eine Plattform der Zusammenarbeit und für innovative Projekte geschaffen, die das Fundament für die gemeinsame Entwicklung einer der wirtschaftsstärksten Regionen Europas darstellt, von der die Region Hannover international profitieren wird. Alle internationalen Messen der Zukunftsbranchen, wie die CeBIT, die Hannover Messe oder die IAA Nutzfahrzeuge finden in Hannover statt. Zukunftsträchtige Branchen wie z.B. in den Bereichen Automotive, Energiewirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologie, Gesundheitswirtschaft, optische Technologien und Produktionstechnik sind hier tätig und helfen durch ihre Innovationskraft, die Region Hannover immer weiter zu einem profilierten und überregional erstrangigen Standort zu entwickeln.

Das ist zurückzuführen auf die erfolgreiche und aktive Wirtschaftsförderung der letzten 10 Jahre. Diese Arbeit wollen wir fortführen, und das heißt die Attraktivität des Standorts Region Hannover zu sichern und weiterzuentwickeln. Wir wollen neue Existenzgründungen unterstützen, Ansiedlungen von Unternehmen fördern und eine engagierte Bestandspflege betreiben. Der Aufbau neuer Arbeit vollzieht sich vielfach in kleineren und mittleren Unternehmen. Mit der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft hannoverimpuls haben wir in den letzten fünf Jahren einen Ansprechpartner für die Wirtschaftsförderung in der Region geschaffen. Wir brauchen in der Region keine Konkurrenz untereinander, sondern die Region muss

sich im Wettbewerb mit anderen Regionen bewähren. Das erreichen wir durch eine engagierte und überregionale Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Region Hannover, durch eine kluge Verzahnung der Wirtschaft mit der Wissenschaft für einen fruchtbaren Innovations- und Wissenstransfer und durch die zielgenaue Förderung aus einer Hand.

Der Wissenstransfer funktioniert bereits gut in der wachsenden Gesundheitswirtschaft. Sie profitiert nicht nur von der Qualität der Ausbildung und Forschung an der Medizinischen Hochschule und der Fachhochschule Hannover, sondern sie entwickelt sich dank der Leistungsfähigkeit des Klinikums Region Hannover. Die öffentliche Verantwortung für einen Großteil der medizinischen Versorgung in der Region ist das Rückgrat für die wirtschaftliche Dynamik in diesem Sektor. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das so bleibt. Vom Innovationstransfer profitieren auch die zahlreichen in der Region ansässigen Unternehmen. Sowohl die regionsansässigen Weltunternehmen, die regionalen Großunternehmen und die zahlreichen klein- und mittelständischen Unternehmen ziehen daraus einen Nutzen.

Zahlreiche Existenzgründer beginnen in der Region Hannover eine erfolgreiche Unternehmensgeschichte. Durch politische Entscheidungen begünstigen wir diese Entwicklung auch in der Zukunft. Es war die Politik der SPD, die auf dem Expo-Gelände für die Medienwirtschaft ein attraktives Ansiedlungsumfeld geschaffen hat. Genauso haben wir den Medicalpark unterstützt, dessen Ausbau zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft wir fördern wollen. Auf dem Hanomag-Gelände werden wir uns dafür einsetzen, dass dort die Kreativwirtschaft angemessene Arbeitsstrukturen vorfindet. Mit dem Aufbau des technischen Campus in Garbsen wollen wir auch am dortigen Standort gewerbliche Ausgründungen aus der Forschung heraus durch eine passende Infrastruktur unterstützen. Die SPD setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Existenzgründungsprogramme der Region Hannover auf Nachhaltigkeit angelegt bleiben. Deswegen gibt es mit uns keine verlorenen Zuschüsse. Die von der Region gewährte Unterstützung fließt nach der Gründungsphase zurück und steht danach für weitere Neugründungen zur Verfügung. Für diesen Beteiligungsfonds werden zielgerichtet europäische Fördergelder eingesetzt. Damit dieses weiterhin möglich bleibt, wird die SPD in der Region Hannover dafür Sorge tragen, dass die Wirtschaftsförderung der Region auf die Förderziele der EU in der kommenden Förderperiode ausgerichtet bleibt.

Wir wollen der Region Hannover ein unverwechselbares und innovatives Standortprofil geben und ihre strategische Entwicklung als Wissens- und Wirtschaftsraum weiter voranbringen. Dafür werden wir die wirtschaftspolitische Kooperation mit den 21 Städten und Gemeinden in der Region fortsetzen und weiter intensivieren. Viele Instrumente, wie beispielsweise das Unternehmerbüro, die Gesellschaft hannoverimpuls als aktive Förderin der Unternehmen und die Gründung der Hannover Marketing und Tourismus Gesellschaft (HMTG), die die überregionale Vermarktung der Region Hannover betreibt, zeigen schon heute, wie richtig der Weg ist, den wir seit der Gründung der Region Hannover eingeschlagen haben.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die Organisation der regionalen Wirtschaftsförderung fortentwickeln. Ziel dabei ist es auch, die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verstetigen, um den Innovations- und Wissenstransfer zu fördern.
- Wir werden Kooperationsprojekte der Hochschulen mit der regionalen Wirtschaft in Forschung und Entwicklung thematisieren und unterstützen.
- Wir werden im Rahmen der Wirtschaftsförderung weiter eine engagierte Bestandpflege betreiben, damit die Region Hannover für die in hier angesiedelten Unternehmen dauerhaft attraktiv bleibt.
- Wir werden die Hannover Holding für Wirtschaftsförderung mit der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft hannoverimpuls verschmelzen und so die Förderung von Zukunftsbranchen (Cluster) aus einer Hand weiterentwickeln.
- Wir werden den Aufbau eines neuen Campus für die technischen Fächer der Leibniz-Universität in Garbsen unterstützen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kreativwirtschaft auf dem Hanomag-Gelände angemessene Arbeitsstrukturen vorfindet.
- Wir werden zudem in den kommenden Jahren dazu beitragen, dass der Dialog zwischen Hochschulen und Wirtschaft intensiviert wird. Studienangebote und Forschungsschwerpunkte sollen auch die Belange an eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigen.
- Wir werden in der Wirtschaftsförderung und in Kooperation mit den örtlichen Kreditunternehmen nach Wegen suchen, um Wachstumspotentiale dieser Unternehmen abzusichern.
- Wir werden die Wirtschaftsförderung weiterhin auf die Förderziele der EU in der kommenden Förderperiode ausrichten, um europäische Fördergelder für die Unternehmen in der Region einsetzen zu können.
- Wir werden einen regionalen Flächenpool für zukünftige Gewerbeflächen schaffen.
- Wir werden aktiv die Bildung interkommunaler Gewerbegebiete unterstützen.
- Wir werden bei der Wirtschaftsförderung und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge klare Förderungskriterien anlegen: Entscheidend ist die Sicherung und Entstehung von Arbeitsplätzen mit guten Arbeitsbedingungen, d.h. reguläre sozialversicherte Arbeitsverhältnisse.
- Wir werden die Maßnahmen des Klimaschutzrahmenprogramms als Beitrag zur Wirtschaftsförderung umsetzen.
- Wir werden das Logistikflächenkonzept 2020 weiterentwickeln und Machbarkeitsstudien zur Entwicklung von kleineren Standorten, zum Beispiel in Isernhagen und Berkhof, durchführen.
- Wir werden größere Logistikstandorte in der Region Hannover entwickeln.
- Wir werden im Einflussbereich der Region wie bisher sicherstellen, dass Frauen und Männer bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit die gleiche Bezahlung erhalten.

Gute Arbeit

Unser Engagement für die regionale Wirtschaft verbinden wir mit der Erwartung an gute Arbeit, von der man leben kann, die familienfreundlich ist und nicht krank macht.

Ein zentraler Schwerpunkt sozialdemokratischer Beschäftigungspolitik ist, neue Arbeit zu schaffen, bestehende Arbeit zu sichern und Arbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen. Gute Arbeit setzt für uns voraus, dass für alle im Betrieb Arbeitenden faire Löhne gezahlt werden, dass Männer und Frauen gleichbehandelt werden und dass in den Unternehmen aus- und weitergebildet wird.

Dass der Markt nicht alles regeln kann, hat zuletzt die Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt. Der Markt braucht dringend die Ergänzung durch einen starken und vorsorgenden Sozialstaat. Wir setzen daher in der Region Hannover auf die Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit, um vielen in der Erwerbslosigkeit befindlichen Menschen eine Aussicht auf einen Arbeitsplatz zu ermöglichen. Unsere Priorität liegt dabei bei der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wo dies nicht möglich ist, werden wir in der Region den Aufbau von gemeinwohlorientierten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten prüfen. Dazu wollen wir Arbeit in gesellschaftlich relevante Tätigkeiten erschließen, die der Markt nicht von sich aus anbietet. Unser Ziel ist es dabei, so genannte Maßnahmekarrieren zu beenden und von wenig nachhaltigen Berufseingliederungsmaßnahmen wegzukommen.

Wir wollen eine vorausschauende Bildungs- und Qualifizierungspolitik. Damit vermeiden wir Arbeitslosigkeit und verhindern, dass sich Arbeitslosigkeit festigt. Dazu gehört, dass wir es schaffen, dass jeder Jugendliche die Schule mit einem Abschluss verlassen kann und dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz finden. Besonders wollen wir den unter 25-Jährigen eine gute Berufsperspektive in der Region Hannover ermöglichen. Dazu wollen in den kommenden Jahren alles Denkbare tun und alle verfügbaren Mittel aktivieren. Wir haben dabei ehrgeizige Ziele: Wir wollen binnen der kommenden fünf Jahre die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss halbieren und für 98% aller Jugendlichen, die eine berufliche Ausbildung anstreben, einen entsprechenden Ausbildungsplatz garantieren.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit war bislang schon ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik in der Region Hannover. Schlüssel dafür ist eine qualifizierte Ausbildung und die Kooperation beteiligter Akteure in der Region. In den zurückliegenden Jahren haben wir hierzu die Koordinierungsstelle Beruf und Bildung als operative Plattform für ein regionales Bildungsnetzwerk eingerichtet – zusammen mit dem regionalen Bildungsbeirat von Kammern, Gewerkschaften, Schulträgern, Berufsschulen, Landeseinrichtungen, Arbeitgebern, Arbeitsagentur und JobCenter gibt es in der Region damit bereits ein leistungsfähiges Netzwerk, um die unterschiedlichen Ansätze der Beschäftigungsförderung wirksam zu verbinden. Diesen Weg werden wir weitergehen.

Dazu gehört es, die Maßnahmenprogramme der Bundesagentur für Arbeit in ein Gesamtkonzept für eine tragfähige Berufswahlvorbereitung einzubetten. Dabei setzen wir einen Schwerpunkt auf die Förderung benachteiligter Jugendlicher und auf die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Ausbildungsbegleitende Hilfen und Schulsozialarbeit sind unverzichtbare Elemente einer erfolgreichen pädagogischen Arbeit an den berufsbildenden Schulen in der Region.

Mit dem Neustädter Modell existiert in der Region zudem eine hervorragende Kooperation zwischen Berufsschule und allgemeinbildendem Schulsystem. Durch die bessere Verzahnung der Klassen 9 und 10 mit der Berufsqualifizierung gibt es Schnittstellen zwischen beiden Schulsystemen. Dieses verbessert den Übergang in die berufliche Ausbildung und hat die Abschlussquoten der Jugendlichen im Schulsystem gesteigert. Dieses wollen wir erhalten und an weiteren Standorten aufbauen.

Die betriebliche Ausbildung hat für uns Vorrang vor außerbetrieblichen Maßnahmen. Dazu wollen wir Anreize für kleinere Unternehmen entwickeln, um im Verbund auszubilden. Wir versprechen uns insbesondere bei neueren Berufsbildern so einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen. Unser Ziel ist zudem eine solidarische Ausbildungsfinanzierung in den Branchen zu etablieren. Vorbild ist dabei für uns das tarifvertragliche Ausbildungsförderungswerk Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau.

Wir wollen den Berufsschulen in der Region weiterhin eine gute Ausstattung zur Verfügung stellen und sie befähigen, dass sie auch die gesamte Bandbreite vollschulischer Ausbildung mit anderen regionalen Akteuren gewährleisten können.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden schwerpunktmäßig die Jugendarbeitslosigkeit mit dem Ziel bekämpfen, sie in der Region Hannover langfristig vollständig abzuschaffen.
- Wir wollen in der Region ein Zertifizierungssiegel einführen, das Unternehmen auszeichnet, die gute Arbeit gewährleisten.
- Wir wollen die Beratungsqualität in den Jobcentern der Region weiter verbessern.
- Wir wollen die Vernetzung zwischen regionaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und der Agentur für Arbeit und dem JobCenter herstellen.
- Wir werden den Aufbau von gemeinwohlorientierten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten prüfen.
- Wir werden die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf optimieren. Dabei erscheint uns die Ausweitung des »Neustädter Modells«, das heißt die Kooperation von Berufsschule und allgemeinbildender Schule, ein sinnvoller Weg.
- Wir werden die horizontale und vertikale Verzahnung von allgemeiner Bildung und beruflicher Aus-, Fort- und Weiterbildung als wichtiges Ziel verfolgen.
- Wir werden ausbildungsbegleitende Hilfen (AbH) und Schulsozialarbeit zu wichtigen Elementen der pädagogischen Arbeit an berufsbildenden Schulen machen.
- Wir werden einen Schwerpunkt auf die Förderung benachteiligter Jugendlicher und auf die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund setzen.
- Wir werden Ausbildungsverbünde zwischen kleinen und mittleren Betrieben unterstützen, um Ausbildungsplätze in den Betrieben der Region zu fördern.

Krankenhäuser in der Region

Zu einer sozialdemokratischen Gesundheitspolitik gehört eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Diese muss öffentlich verantwortet werden, deswegen ist das Klinikum Region Hannover (KRH) für die soziale Infrastruktur unverzichtbar. Es ist einer der größten und attraktivsten Arbeitgeber in der Region, der Familienfreundlichkeit und Gleichstellung zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lebt. Damit das so bleibt, werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Region Hannover dafür Sorge tragen, dass das Klinikum der Region auch weiterhin in kommunaler Trägerschaft verbleibt. Gesundheit ist für uns keine Ware. An unseren Krankenhäusern zeigt sich, dass kommunale Verantwortung einhergeht mit wirtschaftlicher Vernunft und hohen medizinischen Standards. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem medizinischen, pflegerischen und Verwaltungspersonal im KRH ist in den letzten Jahren eine effiziente und bürgerinnen- und bürgerfreundliche Krankenhausversorgung geschaffen worden. Im Jahr 2009 hat das Klinikum erstmals eine schwarze Null geschrieben, mittelfristig können Investitionen folglich aus eigenen Mitteln mitfinanziert werden. Dabei steht die medizinische und pflegerische Qualität für Patientinnen und Patienten weiter im Mittelpunkt. Im Jahr 2007 wurde das ehemalige Landeskrankenhaus in Wunstorf vom KRH übernommen und hat sein Angebot auf dem Gebiet der psychiatrischen Dienstleistungen erfolgreich erweitert. Das Klinikum ist somit gut aufgestellt, die Risiken des demografischen Wandels aufzufangen und in Chancen umzuwandeln. Eine kultursensible Pflege in nicht-konfessionell gebundenen Krankenhäusern spricht auch Menschen mit Migrationshintergrund in der Region an.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden den wirtschaftlichen Konsolidierungskurs der Regionskliniken fortsetzen, um langfristig die öffentliche Trägerschaft zu erhalten.
- Wir werden das Klinikum zu dem Gesundheitsdienstleister in der Region Hannover entwickeln, dazu gehören die Krankenhäuser mit einer Maximalversorgung in der Landeshauptstadt (»Leuchttürme«) sowie eine breite Grundversorgung im Umland.
- Wir werden die Krankenhausstandorte im Umland ausbauen und sichern.
- Wir werden die wohnortnahe Gesundheitsversorgung fördern und sichern, zum Beispiel in Gesundheitszentren.
- Wir werden stationäre und ambulante Angebote sowie Angebote der Nachversorgung verzahnen.
- Wir werden die Pflege für Migrantinnen und Migranten, das heißt die kultursensible Pflege, ausbauen und weiterentwickeln.
- Wir werden die Angebote für eine älter werdende Bevölkerung ausbauen.
- Wir werden die Kooperationen und Anstrengungen gegen den wachsenden Fachkräftemangel in der Gesundheits- und Altenpflege unterstützen.

Verkehr und Mobilität

Für die SPD ist Mobilität ein soziales Grundbedürfnis und deswegen fester Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Wenn Menschen von einem Ort zu einem anderen gelangen wollen, braucht es eine öffentliche Infrastruktur, die niemanden ausschließt.

Jährlich nutzen fast 200 Millionen Fahrgäste den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der Region Hannover auf unterschiedliche Weise, ob mit Bussen oder (Stadt-)Bahnen, dem Rad oder dem Auto als Zubringer. Damit die Menschen leichter an ihren Zielort kommen, haben wir in den letzten Jahren die Stadtbahnverlängerungen (wie etwa nach Misburg) vorangetrieben und uns für eine S-Bahnverbindung über Lehrte-Sehnde nach Hildesheim eingesetzt. Somit haben wir auch schwer erreichbare Gebiete aus dem Umland an unser Verkehrsnetz angeschlossen. Alle Ortschaften in der Region sind in das Verkehrsnetz eingebunden, in den Hauptverkehrszeiten mindestens stündlich. Das ist deutschlandweit vorbildlich.

Die Region Hannover plant, organisiert und finanziert den Nahverkehr und sorgt dafür, dass dieser leistungsfähig, kundenfreundlich und preisgünstig ist und bleibt. Um dieses zu gewährleisten, hat die Region Hannover Partnerverträge mit der üstra und RegioBus und nimmt gestaltend an der Erweiterung der Kooperationsstarife/Regionaltarife teil. Um auch einkommensschwachen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich frei in der Region zu bewegen, haben wir das kostengünstige Sozialticket für den ÖPNV insbesondere für Familien mit Kindern eingeführt.

Wir haben den Ausbau von Hochbahnsteigen und Aufzügen für Stadtbahnstationen vorangetrieben, um allen Fahrgästen einen barrierefreien Ein- und Ausstieg zu ermöglichen. Darüber hinaus haben wir einen angemessenen und verlässlichen Einsatz barrierefreier Fahrzeuge von Niederflurbussen realisieren können.

Die Sicherheit steht an vorderster Stelle. Aus diesem Grund haben wir bewusst in den Ausbau des Notrufanlagensystems investiert. Um die Sicherheit auf den Straßen zu erhalten, haben wir Kreisstraßen laufend saniert. Trotz starker finanzieller Einschränkungen – insbesondere durch die Reduzierung der Regionalisierungsmittel durch das Land Niedersachsen – steht für uns die Steuerung der Qualität und Quantität des Verkehrsangebotes im Vordergrund.

Der Klimaschutz ist untrennbar verbunden mit der Mobilität. Darum haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Mitnahme von Rädern in Bussen der RegioBus erleichtert wurde. Darüber hinaus haben wir Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen und führen das Fahrradgaragenprogramm an S-Bahnhöfen und Stadtbahnhaltestellen fort. Im Radwegenetz an den Kreisstraßen wollen wir Lücken schließen. Das neu geschaffene Wegenetz durch die ganze Region haben wir einheitlich beschildert.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die vorhandenen Verkehrsstrukturen durch die Schaffung intelligenter Verkehrssysteme kontinuierlich auszubauen. Unser oberstes Ziel ist es, die Mobilität innerhalb der Region Hannover für alle Menschen zu gewährleisten.

- Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Nachsterneverkehr und das Modell der Ruf-Taxis erhalten und bedarfsorientiert erweitert werden.
- Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der barrierefreie Ausbau von Stationen und Haltestellen beschleunigt wird.
- Wir werden die Buskapazitäten zu Spitzenzeiten (u.a. Schulbeginn und –ende) bedarfsgerecht erhöhen.
- Wir werden zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV die Einrichtung von Expresslinien prüfen.
- Wir werden zum Klimaschutz im öffentlichen Nahverkehr mehr Hybridbusse einsetzen.
- Wir werden weiter an der Reduzierung von Lärmemissionen arbeiten, dazu gehört auch die Beschaffung von 50 leiseren Stadtbahnen.
- Wir werden auch in Zukunft bezahlbare, kundenfreundliche Tarife im öffentlichen Nahverkehr (GVH) gewährleisten
- Wir werden eine Neustrukturierung des Großraum-Verkehr-Hannover (GVH) voranbringen. Unser Ziel ist dabei eine vollständige Ausweitung des GVH-Tarifgebietes in die die Region umgebenden Landkreise (2. Ring).
- Wir werden die Einführung eines Gemeinschaftstarifes für die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg realisieren.
- Wir werden das Radwegnetz ausbauen, um das bestehende Angebot zu optimieren und es mit neuen Radschnellwegen erweitern. Die Beschilderung erfolgt bedarfsgerecht. Dazu gehört auch die Aktualisierung und Fortschreibung des Radwegebedarfsplans.
- Wir werden Maßnahmen mit Wirkung beim Klimaschutz gezielt fördern.
- Wir werden das Stadtbahnnetz ausbauen und setzen uns für eine Stadtbahnverlängerung nach Hemmingen und perspektivisch in Garbsen ein.
- Wir werden den Ausbau von weiteren Ortsumgehungen fördern und so auch die Lärmbelastung durch den LKW-Schwerverkehr reduzieren. An europäischen Versuchen zur modernen Güterverkehrs- und Verteillogistik (z.B. mit Elektrofahrzeugen) beteiligen wir uns.
- Wir werden die Planung zum Bau einer Megahub-Umschlaganlage in Lehrte fortführen.

Klima-, Umweltschutz, Energie und Naherholung

Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert kann für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nur dann gelingen, wenn die Nutzung natürlicher Ressourcen mit Augenmaß und Nachhaltigkeit erfolgt. Klimaschutz ist für uns eine Aufgabe, derer wir uns lokal in der Region Hannover annehmen. Hiervon profitieren die Menschen in der Region unmittelbar, wenn eine gesunde Umwelt vorfinden und die Naherholungsqualitäten vor Ort nutzen können.

Klima-, Umweltschutz und Energie

Wir stehen für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und den Schutz des globalen Klimas durch lokales Handeln. Auf regionaler Handlungsebene wollen wir einen wirksamen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz, zur Ressourcenschonung sowie zu langfristiger Versorgungssicherheit bei der Energie und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten.

Unser Ziel ist es, die CO₂-Emissionen im Regionsgebiet bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 um 40% zu verringern und die klimaneutrale Region Hannover zu schaffen. Hierzu haben wir ein Klimaschutzrahmenprogramm beschlossen, das sich in vielen Einzelmaßnahmen in der Umsetzung befindet. Mit dem Förderfonds proKlima, die Klimaschutzagentur und das Kompetenzzentrum für Energieeffizienz haben wir kommunale Partner, die unser Ziel aktiv unterstützen. Gleichzeitig wollen wir im Bereich des Klimaschutzes innovative Produkte, Dienstleistungen und Verfahren und damit neue Märkte fördern, die neue Arbeitsplätze hervorbringen. Der Klimaschutz ist längst ein Wirtschaftsfaktor in der Region Hannover, der zunehmend Bedeutung für kleine und mittelständische Unternehmen gewinnt.

Die Abfallentsorgung in der Region Hannover ist ebenso Teil des Umweltschutzes wie auch - als Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger - Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie wird zuverlässig, verantwortungsvoll und kostengünstig durch den Zweckverband aha und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt und leistet einen wichtigen Beitrag zur Schonung unserer natürlichen Ressourcen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie auch weiter in bewährter öffentlich-rechtlicher Trägerschaft verbleibt. Zur Schonung der Umwelt haben wir in den letzten Jahren darauf gesetzt, das Beratungsangebot zur Abfallvermeidung und -verwertung durch den Ausbau des Netzes der Wertstoffhöfe (Berenbostel, Lehrte –Sehnde) zu erweitern. Wir haben die kostenlose Abholung von Sperrabfall, Metallschrott und Altpapier sowie die Abgabe von unter anderem Sperrabfall, Metallschrott, Bauschutt und Laub bei den Wertstoffhöfen und Deponien sichergestellt. Wir haben darüber hinaus die umweltschonende Mechanisch-Biologische Aufbereitungsanlage (»Kalte Rotte«) auf der Deponie in Hannover-Lahe errichtet. Daneben wurde von uns das Pilot-Projekt einer einheitlichen Wertstofftonne, der so genannten »O-Tonne« gestartet, um langfristig mehr Wertstoffe effektiv wiederzuverwerten. Die aktuelle Novelle des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts sieht eine solche neue einheitliche Werkstofftonne nunmehr vor.

Scharf wenden wir uns gegen die Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, soweit es die öffentliche Trägerschaft der Abfallentsorgung dadurch gefährdet, dass die bisherige Überlassungspflicht für Abfälle aus Haushalten zugunsten der gewerblichen Sammlung durch private Entsorgungsbetriebe eingeschränkt wird, so dass nicht mehr alle Erlöse aus wiederverwertbaren Rohstoffen auch den Kommunen zugutekommen. Durch die Erlöse der Wertstoffsammlung durch den Zweckverband aha können in der Region Hannover die Abfallgebühren stabil gehalten und Wertstoffhöfe, Sperrmüllabfuhr, Grünschnitt- und Laubannahmen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Wir wenden uns daher gegen ein »Rosinenpicken« gewerblicher Anbieter, die dem Zweckverband aha Dienstleistungen streitig machen - mit der Folge, dass die Abfallgebühren für die Bürgerinnen und Bürger steigen.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden einen Klimaschutzpakt mit den 21 regionsangehörigen Städten und Gemeinden, den Beteiligungsgesellschaften der Region und allen übrigen im Klimaschutz Aktiven vorschlagen und voranbringen.
- Wir werden geeignete Dachflächen öffentlicher Gebäude der Region Hannover zur Energiegewinnung zur Verfügung stellen.
- Wir planen ein gut erreichbares Informationszentrum, das Beratung in Sachen Energie und Klimaschutz für Privathaushalte, Schulklassen und Unternehmen anbietet. Wir wollen mit unseren Partnern energcity, der Klimaschutzagentur und den verschiedenen Initiativen in den Dialog treten und diskutieren, inwieweit der Standort am Kröpcke in dieser Hinsicht weiterentwickelt werden kann.
- Wir werden eine Leitstelle für den Klimaschutz in der Verwaltung der Region Hannover ansiedeln. Wir werden die Maßnahmen des Klimaschutzprogramms in der Region Hannover weiter umsetzen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die regionseigenen Gebäude energetisch saniert werden.
- Wir werden die Programme zur energetischen Sanierung von Vereinssportstätten, zur Energieberatung von einkommensschwachen Mieterhaushalten und »Gut beraten starten« für Einfamilienhausbesitzer weiterführen.
- Wir wollen die Akzeptanz für Windenergie im Rahmen der Erarbeitung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2015 erhöhen.
- Wir werden weiterhin jährlich den bisherigen Etat von mindestens 1 Million Euro für den Klimaschutz aus eigenen Mitteln als Ergänzung der Fremdmittel unserer kommunalen Partner zur Verfügung stellen.
- Wir werden das Gebührensystem für die Abfallentsorgung mit dem Ziel überarbeiten, eine größtmögliche Kosten- und Verursachergerechtigkeit zu schaffen sowie Anreize zu umweltbewusstem Verhalten zu geben.
- Wir werden die Ausweitung der Behälterabfuhr auf freiwilliger Basis hinsichtlich ihrer finanziellen und technischen Machbarkeit prüfen.
- Wir werden das Netz der Wertstoffhöfe mit dem Ziel einer besseren Versorgung der nördlichen Region (Langenhagen / Isernhagen / Burgwedel / Wedemark) ausbauen.

- Wir werden das Angebot der »O-Tonne« (einheitliche Wertstofftonne, in der der gelbe Sack, elektronische Kleingeräte, Metalle, Kunststoffe und Textilien gesammelt werden) als Auswirkung der Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts ausweiten.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Asbestzementschlammhalde Wunstorf-Luthe saniert wird.
- Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Altlasten, wie z.B. der De-Häen-Platz Hannover-List saniert werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Altlastenfonds einrichtet wird.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ansiedlung von Mastanlagen in der Region Hannover mit erheblichen Auflagen erschwert wird, soweit dies aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen möglich ist.

Naherholung und Naturschutz

Die Region Hannover ist reich an regionalen Landschafts- und Naherholungsgebieten, die der wohnort- und arbeitsplatznahen Erholung dienen, die Lebensqualität der Menschen in der Region steigern und der Umwelt nutzen. Dabei müssen sowohl die Interessen der Naherholung als auch die des Naturschutzes berücksichtigt werden. Naherholungsräume sind überdies ein wirtschaftlicher Faktor, denn sie tragen mit ihrem positiven Image zur Attraktivität der Region Hannover bei. So stellen die Herrenhäuser Gärten, der Zoo Hannover, das Steinhuder Meer und viele weitere Garten-, Park- und Landschaftsräume ein herausragendes touristisches Potential dar. Sie genießen bei den Menschen in der Region Hannover und darüber hinaus einen hohen Stellenwert, den es zu bewahren und immer weiterzuentwickeln gilt. Diese Arbeit werden wir fortführen.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung vorhandener Naturschutzgebiete einsetzen, aber auch für die Unterschutzstellung neuer Gebiete kämpfen, wo dies geboten ist.
- Wir werden das Projekt Hannoversche Moorgeest vollständig umsetzen.
- Wir werden das Sozialticket bei den Eintrittspreisen für den Zoo Hannover fortführen.
- Wir werden Routen für Mountainbiker in der Region einrichten.
- Wir werden insgesamt das Radwegenetz in der Region kontinuierlich ausbauen.
- Wir werden die Wanderwege in der Region weiter ausbauen.
- Wir werden den Steinhuder Meer Naturpark und die Steinhuder Meer Tourismus GmbH weiter unterstützen.

Bildung und Jugend

Soziale Teilhabe und Bildung sind seit den Anfängen der Arbeiterbewegung die zentralen Ziele der Sozialdemokratie. Bildung entscheidet über die Verteilung von Chancen in der Gesellschaft. Sie ermöglicht es, sich selbst bestimmte Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie ist der Schlüssel zur beruflichen, sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe in der Gesellschaft. Gerade deswegen ist für die SPD die Verwirklichung der Chancengleichheit durch und in der Bildung eine sehr wichtige Aufgabe.

Schule für alle

Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, mit den regionsangehörigen Kommunen die Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht von beeinträchtigten und nicht beeinträchtigten Kindern auszubauen. Hier sind für die unterschiedlichen Förderschwerpunkte konkrete und differenzierte Modelle für ein inklusives Schulwesen zu schaffen. Die vorhandenen Förderschulen sind in den kommenden Jahren zu Förderzentren umzustrukturieren, die eine optimale Förderung von Kindern mit Handicaps sicherstellen. Die Vision einer inklusiven Gesellschaft geht aber weit über die Schule hinaus und erfordert eine enge kontinuierliche Zusammenarbeit aller Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit einer Gemeinde oder eines Stadtteils in Form von Bildungsnetzen.

Attraktive und leistungsfähige Schulen

Das Modernisierungsprogramm für die Schulen in Trägerschaft der Region wird in den nächsten Jahren stetig fortgeführt. Für gelingendes Lernen werden sowohl moderne Schulräume wie Ausstattungen für den unterschiedlichen Bedarf der Förder- und Berufsschulen vorgehalten. Unter der Devise »Schule ist ein Lebensraum« werden die Fachraum- und Laborausstattungen, die Rahmenbedingungen für Schulsozialarbeit und Beratungen als auch die Aufenthaltsqualität durch Menschen und Schülerarbeits- wie -freizeiträume ausgebaut. Wir werden dabei auch den barrierefreien Ausbau der Schulen vorantreiben.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die frühkindliche Bildung von Anfang an fördern, um allen Kindern gerecht zu werden und allen vergleichbare Bildungschancen zu eröffnen. Insbesondere für die Kinder unter drei Jahren werden wir die Krippenplätze ausbauen, um den Rechtsanspruch auf Betreuung zu erfüllen.
- Wir werden das Medienzentrum als Dienstleister in modernen IT- und Medientechniken für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, für die Beratung von Eltern und für die Anleitung junger Menschen in medienpädagogischen Projekten ausbauen.
- Wir werden Strukturen schaffen, um eine intensivere Vorbereitung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt durch Kooperation zwischen allgemeinbildenden Schulen, berufsbildenden Schulen, Betrieben und der Bundesagentur für Arbeit zu erreichen.

- Wir werden die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule unterstützen. Der relativ hohe Anteil an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss (ca. 8 Prozent, die keine Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung haben, verlangt in diesem Bereich besondere Anstrengung, um rechtzeitig individuelle Unterstützung und Förderung zu ermöglichen.
- Wir werden Förderinstrumente zur beruflichen Ausbildung und zur Begleitung in den Berufseinstieg weiterentwickeln, z.B. durch Ausbau schulischer Vollzeitangebote wie BVJ, BVK und BFS.
- Wir werden geschützte Ausbildungsverhältnisse für benachteiligte Jugendliche fördern.
- Wir werden das Angebot für Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbauen.
- Wir werden das Angebot der Berufseinstiegsbegleiter bedarfsorientiert ausbauen.
- Wir werden ein Förderprogramm zur beruflichen Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren starten, um den Zugang zu einem anerkannten Berufsabschluss zu ermöglichen.

Jugend

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Politik für Kinder und Jugendliche ein besonderes Anliegen. Unser Ziel ist es, ihnen Zukunftschancen zu eröffnen und konkrete Hilfestellung anzubieten, wo Hilfe erforderlich ist.

Unser Ziel ist die präventive Hilfe vor Ort. Dafür haben wir die Jugendämter der Region so geordnet, dass diese in den Städte und Gemeinden vor Ort arbeiten. Wir sind im Elementarbereich in die Sprachförderung erfolgreich eingestiegen und haben familienunterstützende Präventionsprojekte auf- und ausgebaut, zum Beispiel im Bereich Kinderschutz oder im Bereich Alkoholmissbrauch.

Durch die Förderung der Kooperation der unterschiedlichen Akteure wollen wir eine umfassende Förderung für Kinder und Jugendliche ermöglichen. Aus diesem Grund ist es Ziel unserer Politik, Kinder- und Jugendarbeit, Jugendhilfe, Schule und berufliche Qualifizierung sinnvoll zu vernetzen. Wir haben deshalb die Jugendhilfe mit Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit verzahnt und die Jugendpflege, die Schulen und Kindertagesstätten vernetzt.

Wir wollen Jugendlichen auch konkrete Freiräume schaffen, damit sie sich im Jugend- und Kulturbereich selbstverantwortlich ehrenamtlich engagieren können. Hierfür haben wir den Regionsjugendring als Verbund von Vereinen und Verbänden, die sich in der Kinder- und Jugendarbeit betätigen, kontinuierlich gefördert, das Jugendgästehaus Gailhof energetisch saniert und einen Ferienhilfsfonds zur Förderung von Kinder- und Jugendfreizeiten gegründet.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die Entwicklung zu eigenen Jugendämtern in den Städten und Gemeinden unterstützen und fördern.
- Wir werden weiter die Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen (siehe nachfolgend Ziffer 6.).
- Wir werden die geschlechterspezifische Förderung und Beratung von jungen Menschen (Mädchen-Förderung und Jungen-Förderung) ausbauen.

- Wir werden das betreute Wohnen von Jugendlichen fördern.
- Wir werden ein Suchtpräventionsprogramm ins Leben rufen.
- Wir werden den Regionsjugendring weiter fördern.
- Wir werden weiter Kinder- und Jugendfreizeiten über den Ferienhilfsfonds fördern.
- Wir werden selbstverwaltete Jugendzentren in der Region Hannover als konkrete Jugendfreiräume so weit unterstützen, wie es möglich ist und in den Kompetenzbereich der Region fällt.

Den sozialen Zusammenhalt stärken

Sozialer Zusammenhalt schließt alle Menschen ein. Er drückt sich in der Bereitschaft solidarisch zu handeln aus. Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Region Hannover. Unser Leitbild ist eine Region, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Mit unserem Konzept einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge sichern wir das Fundament für ein solidarisches Zusammenleben.

Die Bekämpfung der Armut hat für uns absoluten Vorrang. Vor allem Frauen und Kinder sind von Armutslagen betroffen und werden an der Teilhabe von Bildung, Freizeit und gesellschaftlichem Leben gehindert. Denn Armut bedeutet soziale Ausgrenzung. Wir werden daher weiter unsere Politik der Hilfe zur Selbsthilfe und für das Ermöglichen gesellschaftlicher Teilhabe verfolgen. Aus diesem Grund haben wir in der Vergangenheit sowohl im Öffentlichen Nahverkehr ein Sozialticket eingerichtet als auch für den Zoo Hannover einen Sozialtarif ins Leben gerufen. Wir haben die Schuldnerberatungsstellen in der Region Hannover gestärkt und das Fachpersonal in den sozial-psychiatrischen Beratungsstellen sichergestellt.

Für Familien werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen. Wir setzen dabei auf verstärkte Zusammenarbeit der Region Hannover mit den 21 Städten, Gemeinden und Trägern. Wir wollen Unterstützung und Hilfeleistungen zur Schaffung neuer Betreuungsmöglichkeiten bis hin zu Ganztagsbetreuungsangeboten stellen. Das schließt die Möglichkeit betrieblicher oder betriebsnaher Betreuung ebenso ein wie die Einrichtung von neuen Tagespflegeplätzen und Krippenplätzen. Insbesondere wollen wir erreichen, dass für die unter Dreijährigen der Region Hannover bis zum Jahr 2016 mehr als 35 Prozent Krippenplätze vorgehalten werden können. Dabei werden wir die 21 Städte und Gemeinden in der Region Hannover aktiv unterstützen.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden das Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr fortführen.
- Wir werden den Sozialtarif für den Zoo Hannover aufrechterhalten.
- Wir werden neue Betreuungsmöglichkeiten und die Ganztagsbetreuung von der Krippe bis zum Hort schaffen und dazu die Zusammenarbeit der Region Hannover mit Regionskommunen und freien Trägern suchen.
- Wir werden ein Konzept zur Familienbildung an Kindertagesstätten entwickeln.

Jede Form der Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Lebensweise, ethnischer Herkunft, Weltanschauung oder anderem wollen und werden wir entgegenwirken. Wir werden daher die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern konsequent weiterverfolgen. Hierfür werden wir im Sinne des so genannten »Gender Mainstreaming« umfangreiche Maßnahmen fortsetzen und neu entwickeln. Wir werden auch die Möglichkeiten der Region Hannover nutzen, um die Gleichstellung von schwulen Männern, lesbischen Frauen, heterosexuellen und bisexuellen Menschen und Transgender voranzubringen. Auch in der Integrations- und Migrationspolitik werden wir die Akzeptanz und den Respekt von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender zum Inhalt machen.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden kontinuierlich den Gleichstellungsgedanken in der Verwaltung verankern, zum Beispiel durch ein so genanntes »Gender-Budgeting«, das heißt die Anwendung des Gender Mainstreaming beim Aufstellen des Regions-Haushaltes und eines Gleichstellungscontrollings.
- Wir werden den Gleichstellungsbericht der Regionsverwaltung unterstützend begleiten.
- Wir werden Zufluchtsstätten für von Gewalt betroffene Mädchen fördern.
- Wir werden das Frauen- und Mädchen-Gesundheitszentrum unterstützen.
- Wir werden Beratungsstellen für Frauen und Mädchen und die stärkere Berücksichtigung der Unterstützung und Beratung von Jungen fördern.
- Wir werden Beratungsstellen für schwule Männer und Jungen, lesbische Frauen und Mädchen sowie bisexuelle Menschen und Transgender fördern. Gleiches gilt für entsprechende Projekte zum Abbau von Diskriminierung. Insbesondere werden wir behilflich sein, diesen Projekte den Zugang zu Schulen für zu eröffnen. Denn mit der intensiven Aufklärungsarbeit an Schulen sollen Berührungspunkte der Schülerinnen und Schüler abgebaut, Ausgrenzung entgegengewirkt und vielfältige Lebensweisen näher gebracht werden.
- Wir werden die Arbeit der Beratungsangebote freier Träger durch vertragliche Regelungen absichern.

Für Menschen mit Behinderungen muss eine aktive Teilhabe ermöglicht werden. Dazu gehört der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, die Unterstützung im Alltag und eine Hilfe, um selbst aktiv zu sein. Angesichts des demographischen Wandels muss darüber hinaus die Pflege an die Entwicklung einer sich verändernden Gesellschaft angepasst werden. Wir werden die Menschen weiter dabei unterstützen im Alter würdevoll und selbstbestimmt zu leben und die Hilfe zu erlangen, die sie benötigen.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die Pflegeeinrichtungen in der Region Hannover weiter fördern, um allen Menschen ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben in Pflegesituationen zu ermöglichen.
- In der Entwicklung der Pflegeleistungen in der Region werden wir den Grundsatz »ambulant vor stationär« verfolgen.
- Wir werden die Einrichtung von Pflegestützpunkten in den Regionalkommunen fördern, um Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen zu unterstützen.
- Wir werden in der Pflege die Heimaufsicht stärken, zum Beispiel durch regelmäßige Überprüfungen auch ohne konkrete oder sichere Hinweise.
- Wir werden weiterhin den behindertengerechten Ausbau von Wohnungen unterstützen.
- Wir werden den barrierefreien Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs weiterführen und die Busse und Bahnen weiter barrierefrei ausbauen.
- Wir werden die Mobilitätshilfe für Schwerstbehinderte fortführen.
- Wir werden Behindertenvertreterinnen und -vertreter bei der Sozial- und Pflegeplanung einbeziehen.

Vielfalt und Integration

Die SPD hält Einwanderung für eine wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung unserer Gesellschaft. Damit dieses weiterhin so ist, engagieren sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine Integration derer, die zuwandern und ein Recht auf faire Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe besitzen. Wir betrachten die Integration von zugewanderten Menschen als kommunale Querschnittsaufgabe. Die interkulturelle Öffnung der Regionsverwaltung und auch in den Unternehmen der Region (vom Zweckverband aha bis zum Klinikum Region Hannover) wurde vorgebracht. Der Erwerb der deutschen Sprache und Bildung erleichtern die Integration in den Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Teilhabe. Akzente haben wir in der Region Hannover bisher besonders in der Sprachförderung für Kinder und Jugendliche, bei der Gründungsberatung und im bürgerschaftlichen Engagement von Zugewanderten gesetzt. Unser Ziel ist das Miteinander in der Vielfalt.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die Integration als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen beachten.
- Wir wollen die Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten in allen Fachfunktionen fördern - auch in höher qualifizierten Positionen.
- Wir werden die Berufswahlorientierung und Beschäftigungsförderung auch für Jugendliche aus Zuwandererfamilien verstärken.
- Wir wollen in Betrieben die Ausbildungsquote von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien erhöhen.
- Wir wollen dazu beitragen, dass auch zugewanderte Menschen ihren Ausbildungs- und Arbeitsplatz in kommunalen Einrichtungen der Region Hannover finden.
- Wir werden die kultursensible Alten- und Krankenpflege weiterentwickeln. Wir werden zudem auch die Sprachbarrieren z.B. im Klinikum Region Hannover abbauen.
- Wir werden das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten unterstützen.
- Wir werden interkulturelle Projekte fördern.
- Wir werden die Zielgruppe der älteren Migrantinnen und Migranten stärker in den Blick nehmen.
- Wir wollen mehr junge Menschen aus Zuwandererfamilien für die verschiedenen Ausbildungsberufe - insbesondere in der Verwaltung und damit auch für die spätere Arbeit in der Regionsverwaltung – gewinnen.
- Wir werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Regionsverwaltung weiterqualifizieren, so dass sie für die Fragen der interkulturellen Öffnung aufgeschlossen sind und interkulturelle Kompetenz erwerben.
- Wir werden die Akzeptanz und den Respekt vor Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender zum Inhalt unserer Integrations- und Migrationspolitik machen.
- Wir werden Deutschkurse auch für Asylbewerberinnen und Asylbewerber anbieten.

Kultur und Sport in der Region

Kultur

Die Bürgergesellschaft, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten anstreben, setzt eine umfassende kulturelle Entfaltung und Teilhabe jedes einzelnen voraus. Wir räumen der Kultur und der Auseinandersetzung mit den Künsten und den in der Region arbeitenden Künstlerinnen und Künstlern deswegen einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert ein. Wir bekennen uns deshalb zur nachhaltigen staatlichen Förderung kultureller Freiräume, zur Entfaltung künstlerischer Kreativität und kultureller Vielfalt. Wir machen uns in der Region Hannover stark für die Förderung sowohl insbesondere von Künstlerinnen und Künstlern aus allen Sparten als auch von Kulturveranstaltungen und Kulturzentren, die in die Region hineinwirken und sich insbesondere mit der Landschaft und der Vielfalt der Region Hannover auseinandersetzen.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Kulturförderung betrifft die Gedenkstätte Ahlem der Region Hannover. Sie befindet sich auf dem historischen Gelände der 1893 gegründeten Israelitischen Gartenbauschule Ahlem, einst eine international anerkannte Ausbildungsstätte für jüdische Kinder und Jugendliche. Ahlem verkörpert in unvergleichlicher Weise die Verkehrung eines Ortes der Hoffnung und des jüdischen Selbstbewusstseins in einen Ort der Verfolgung und Vernichtung unter den Nationalsozialisten. Die bereits laufende Neukonzeption der Gedenkstätte umfasst die Sanierung und den Ausbau des gesamten denkmalgeschützten Direktorenhauses, die Erarbeitung einer neuen Dauerausstellung nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie ein pädagogisches Konzept, das den modernen Standards der Gedenkstättenarbeit entspricht. Das würdige Gedenken an die Opfer des Holocaust steht im Zentrum der Bemühungen.

Wir werden kulturelle Angebote auch weiterhin fördern, im Einzelfall akzentuieren und ggf. neue Angebote aufnehmen.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre als Schwerpunkte unserer kulturellen Arbeit konkret vorgenommen:

- Wir werden den Ausbau des bundesweit einmaligen Erinnerungsortes Gedenkstätte Ahlem zur zentralen Gedenkstätte der Region Hannover unterstützen und die dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellen.
- Wir werden »Kultursommer«, der kulturelle Angebote in allen Städten und Gemeinden der Region aufspürt, bewerben und unterstützen.
- Wir werden lokale und regional bedeutsame Kulturinitiativen fördern.
- Wir werden das Jugendtheater am Staatstheater fördern.
- Wir werden Konzerte, Lesungen und Ausstellungen im Rahmen der Veranstaltungen »Kultur im Schloss« (Neustadt) fördern.
- Wir werden Werke regionaler Künstler im Regionshaus ausstellen.
- Wir werden Atelierspaziergänge durchführen.
- Wir werden im Torfmuseum Neustadt museumspädagogische Aktivitäten gestalten.
- Wir werden ein Netzwerk zwischen Kulturschaffenden der Region und Kulturpolitikern ins Leben rufen.

Sport

Dem Sport und den Vereinen, in denen er organisiert wird, kommt eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung zu. Denn durch den Sport können allgemeine Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness vermittelt werden. Er kann Menschen aller Generationen, Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen und Menschen verschiedener Kulturen zusammenführen. Er ist Ausdruck eines aktiven bürgerschaftlichen Engagements und kann wichtiger Teil einer erfolgreichen Integrationsarbeit sein. Das vielfältige Sportangebot in der Region Hannover trägt in diesem Sinn zum guten Zusammenleben der Menschen, die hier wohnen, bei. Wir wollen es weiter fördern.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden weiter Sportvereine in der Region finanziell fördern.
- Wir werden die jährlichen Sportgespräche mit dem Regionssportbund weiterführen.
- Wir werden die Wander- und Radwege erhalten und ausbauen.

Lebendige Städte und Dörfer

Die SPD steht für eine gute vorsorgende Sozialpolitik. Diese beginnt damit, dass die Menschen sich in ihrem Wohn- und Lebensumfeld wohlfühlen. Unsere Politik zielt darauf, dass die Städte, Gemeinden, Dörfer und Ortsteile menschenwürdig gestaltet sind.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Wir verstehen die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum in der Region Hannover als eine Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge. Durch die Kreissiedlungsgesellschaft Hannover mbH (KSG) und die Gesellschaft für Bauen und Wohnen mbH (GBH) gibt es eine politische Steuerungsmöglichkeit auf den regionalen Wohnungsmarkt, der auch in Zukunft bestehen bleiben soll. Ob Familien, Singles, Senioren oder andere Lebens- und Wohngemeinschaften – für alle sollte ein vielfältiger und attraktiver Wohnraum zur Verfügung stehen. Die Möglichkeit, im Wohnumfeld alt zu werden, soll gegeben sein. Dazu sind barrierefreie Umbauten in Wohnungen und Serviceangebote erforderlich.

In ländlichen Bereichen muss die soziale Infrastruktur erhalten bleiben. Ohne Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten und eine gute Anbindung an den ÖPNV steigt der Druck, in ein Heim zu ziehen.

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sieht eine Inklusion in allen Lebensbereichen vor. Selbständiges und selbstbestimmtes Wohnen ist eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe in der Gesellschaft.

Die Aufwendungen für Energie werden immer höher. Die energetische Sanierung von Wohnraum hat somit zum Erreichen einer klimaneutralen Region Hannover eine entscheidende Bedeutung!

Ziel sind lebendige Städte und Dörfer mit einem stabilen Wohnumfeld und einer guten Infrastruktur.

Regionalplanung sichert Lebensqualität.

Integrierte Konzepte zur vernetzten Stadt- und Dorfentwicklung sind entscheidende Faktoren der Regionalplanung. Die größte Herausforderung der nächsten Jahre stellt der Umgang mit dem demographischen Wandel dar. Diese Veränderungen werden wir aufgreifen und mit neuen Ansätzen und Entwicklungsstrategien in der Siedlungspolitik, der Raumordnung und bei den Infrastruktureinrichtungen begegnen.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die KSG als eine kommunale Gesellschaft erhalten. Einen Verkauf schließen wir aus.
- Wir werden über unsere kommunale Wohnungsgesellschaft KSG mit dazu beitragen, dass in der Region Hannover ausreichend bezahlbarer Wohnraum zu Verfügung steht.
- Wir werden neue Wohnformen, wie z.B. ambulant betreute Wohngemeinschaften, von der Region Hannover aktiv begleiten lassen.
- Wir werden regelmäßig einen Mietspiegel für die Städte und Gemeinden in der

Region Hannover ermitteln, damit faire Mietpreise bestimmt und etwaige Mieterhöhungen auf ihre Berechtigung hin geprüft werden können.

- Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Klimaschutzagentur die Themen Sanierung von Einfamilienhäusern und Gebäuden von Eigentümergemeinschaften unterstützend begleiten wird.
- Wir werden inklusive Wohnmöglichkeiten unterstützen.
- Wir werden unterstützende Programme starten, um Umbrüche in Wohngebieten durch den demographischen Wandel zu gestalten und zu begleiten.
- Wir werden ein Netzwerk zur Wohnberatung für Senioren aufbauen.
- Wir werden Pflegestützpunkte in den Regionskommunen weiter fördern.
- Wir werden weiterhin die wohnortnahe medizinische Grundversorgung sicherstellen.
- Wir werden das Regionale Raumordnungsprogramm 2005 modifizieren und nachsteuern.
- Wir werden das regionale und lokale Einzelhandelskonzept anpassen und weiterentwickeln.
- Wir werden das Klimaschutzrahmenprogramm umsetzen.
- Wir werden einen Konzeptentwurf für eine klimaorientierte Regionalplanung entwickeln.
- Wir werden die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg im Interesse der Regionalplanung in der Region Hannover weiterentwickeln.

Starke Demokratie, Ehrenamt und bürgernahe Verwaltung

Demokratie ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Lebensform, in welcher die Menschen selbst an Entscheidungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mitwirken und unmittelbaren Einfluss haben. Dieses Verständnis ist mehr als die bloße Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen.

Starke Demokratie

Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger in Ihrer Meinung ernst. Eine funktionierende Demokratie setzt auf vielfältige Formen der Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen sie daher in Entscheidungsprozesse stärker und von Anfang an einbeziehen, um eine bessere Akzeptanz politischer Entscheidungen zu erreichen. Wir wollen die Betroffenen zu Beteiligten machen und damit einen Beitrag dazu leisten, dass politischem Handeln wieder ein höherer Stellenwert beigemessen wird.

Demokratie muss gelebt und immer wieder erkämpft werden. Das bedeutet auch, antidemokratischen Einstellungen entschieden entgegenzuwirken. Wir müssen uns aktiv für unsere Demokratie stark machen. Gezielt hierfür wollen wir die Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements in der Region Hannover stärken. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen erhöhen, zivilgesellschaftliche Projekte in der Region Hannover zu unterstützen, die sich für Zivilcourage und für die Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rassismus engagieren. Wir stehen für eine konsequente Politik gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Interessengruppen verstärkt an Entscheidungsprozessen beteiligen.
- Wir werden in der Regionsverwaltung einen Beauftragten zur Koordinierung der Unterstützung von Projekten für Zivilcourage, gegen Rechtsextremismus und gegen Rassismus benennen.
- Langfristig wollen wir daran arbeiten, zusammen mit unseren kommunalen Partnern finanzielle Mittel in ein Stiftungsmodell zur dauerhaften Stärkung von Zivilcourage und Demokratie einzubringen.

Ehrenamt

In der Region Hannover engagieren sich viele Menschen in Vereinen, Verbänden und Initiativen ehrenamtlich. Sie sind Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, die sich vor allem in den Bereichen Sport, Kultur, Soziales und Gesundheit wie auch Katastrophenschutz für das Gemeinwesen in der Region Hannover und ihren 21 Städten und Gemeinden einsetzen. Ohne dieses Engagement und diesen Einsatz würde vielerorts in der Region das zivilgesellschaftliche Leben nicht funktionieren. Wir brauchen diese ehrenamtlichen Strukturen, sie dürfen keinen kurzfristigen Sparbemühungen zum Opfer fallen. Sie sind Teil einer gut funktionierenden Sozialstruktur und hohen Lebensqualität in der Region Hannover. Damit sind sie auch Teil der unverzichtbaren kommunalen Daseinsvorsorge, die wir weiter fördern werden.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die finanziellen Beihilfen für Initiativen, Verbände und freie Träger auf dem Stand von 2011 erhalten.
- Als Ausdruck der Anerkennung werden wir einen »Tag des Ehrenamtes« in der Region zur Würdigung der zahllosen ehrenamtlich Tätigen ins Leben rufen.
- Wir werden die Ehrenamtskarte als Aufwertung des ehrenamtlichen Engagements und Anreiz für ehrenamtliche Arbeit ausbauen. Mit dieser Karte erhalten alle ehrenamtlichen Inhaberinnen und Inhaber in ganz Niedersachsen in vielen Bereichen Vergünstigungen.
- Wir werden eine zentrale Anlaufstelle für alle ehrenamtlich Engagierten in der Region Hannover schaffen (»Service-Büros fürs Ehrenamt«).

Bürgernahe Verwaltung

Unser Leitbild der Arbeit in der Regionsverwaltung ist die Bürgerregion. Bürokratische Hürden räumt sie aus dem Weg, statt sie zu errichten. Sie ist kooperativer Partner der Beteiligten bei der Suche nach Lösungen für die vielfältigen Bürgeranliegen. Die Regionsverwaltung ist im umfänglichen Sinn Dienstleisterin für die Menschen. Dazu braucht es hoch motivierte und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gerne in der Regionsverwaltung arbeiten und so zum Gelingen des Projektes Region Hannover beitragen. Das wollen wir auch weiterhin durch ein offenes Klima des Vertrauens und Gewährleistung guter Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung sowie ständige Verbesserung der Arbeitsprozesse unterstützen.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine verlässliche Arbeit in der Regionsverwaltung durch Zielvereinbarungen und die Einführung einer dezentralen Ressourcenbewirtschaftung schaffen.
- Wir werden Qualitätsmanagementprozesse in der Regionsverwaltung einführen.
- Wir werden gute Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst bieten. Damit schließen wir insbesondere eine Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse, die gerade für Jüngere keine Lebensplanung erlauben, und Leiharbeit aus.
- Wir werden die Ausbildungsquote in der Regionsverwaltung auf einem hohen Niveau halten. Unser Ziel ist eine Ausbildungsquote von mindestens sieben Prozent Auszubildenden.
- Wir werden das Onlineangebot der Region Hannover ständig verbessern, um auch auf diesem Weg eine offene und bürgernahe Verwaltung zu ermöglichen.
- Wir werden die Einführung einer Informationsfreiheitsatzung prüfen, um den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der informationellen Selbstbestimmung einen freien Zugang zu den vorhandenen Informationen über Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises zu ermöglichen.

Hilfs-, Rettungsdienste und Feuerwehren stärken

Die Rettungsdienste, die Feuerwehren und das Technische Hilfswerk (THW) kommen in der Region Hannover in enger Zusammenarbeit mit der Polizei für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auf. Sie sind ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, der eine hohe Qualität und Wirtschaftlichkeit aufweist. Ihre ehrenamtlichen Strukturen sind eine zentrale Stütze für ihre wichtige Arbeit. Sie müssen gefördert und weiterhin gestärkt werden. Die Region Hannover wird diese Organisationen dabei unterstützen, ihren Nachwuchs zu rekrutieren, um ihren Fortbestand zu sichern. Zum einen werden wir Ehrenamtsarbeit weiter aufwerten, zum anderen wollen wir helfen, neue Zielgruppen wie z.B. Migrantinnen und Migranten, die in diesen Organisationen vielfach noch unterrepräsentiert sind, anzusprechen.

Unser besonderes Augenmerk liegt bei den Rettungsdiensten in der Region Hannover. Sie sind durch Zusammenspiel europarechtlicher Vorgaben und der grob fahrlässigen gesetzgeberischen Untätigkeit des Bundes und des Landes von der öffentlichen Ausschreibung ihrer Tätigkeit bedroht. Das gefährdet ihre ehrenamtlichen Strukturen, die sie bei einer Ausschreibung nicht aufrechterhalten könnten. Dem stellen wir uns entgegen. Wir unterstützen die Rettungsdienste und ihre ehrenamtlichen Strukturen. Aus diesem Grund haben wir in der Vergangenheit Gespräche zu Rettungsdienstleistungen mit der Verwaltung, den Rettungsdienstorganisationen, den Beschäftigten vor Ort, mit der Gewerkschaft ver.di, mit Mitgliedern des Landtages sowie direkt in Berlin mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt, um die Qualität im Rettungswesen der Region bei Beibehaltung der bisherigen Standards zu erhalten und die bewährte Zusammenarbeit mit den Rettungsdienstorganisationen bei Großschadensereignissen zu festigen. Wir sind gegen die Ausschreibung der Rettungsdienstleistungen und für den Erhalt der gegenwärtigen Organisation der Rettungsdienste in der Region Hannover.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Die gemeinsame Leitstelle von Feuerwehr und Rettungsdiensten wird fortgeführt.
- Wir stehen zu den freiwilligen Feuerwehren. Ihre Attraktivität werden wir in Zusammenarbeit mit den 21 Städten und Gemeinden durch Programme insbesondere zur Förderung von Kinder- und Jugendfeuerwehren steigern helfen.
- Wir werden die Fort- und Weiterbildung der Ehrenamtlichen in den Hilfs- sowie Rettungsdiensten und den freiwilligen Feuerwehren aktiv unterstützen.
- Wir werden versuchen die Ausschreibung der Rettungsdienste mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten zu verhindern. Wir werden konkrete Initiativen auf Bundes- und Landesebene starten, damit die bundes- und landesgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Rettungsdienste nicht ausgeschrieben werden müssen.
- Wir werden Attraktivität der ehrenamtlichen Arbeit konkret erhöhen (siehe Näheres hierzu unter Ziffer 10.).

Solide Finanzen und starke Unternehmen in der Region

Die SPD akzeptiert nicht die unsozialen Verhältnisse, die der Markt produziert, wenn man ihn nicht politisch begrenzen würde. Damit wir diesen Anspruch an politische Gestaltung umsetzen können, braucht der Staat ausreichende und verlässliche Einnahmen. Eine solide Finanzpolitik setzt zugleich voraus, dass wir heute weder auf Kosten zukünftiger Generationen leben noch auf die nötigen Ausgaben für Bildung, Forschung und Infrastruktur verzichten.

Solide Finanzen

Unser Ziel ist weiter kluges Sparen und ein ausgeglichener Haushalt in der Region Hannover. Das »Kassenbuch der Region« belegt, wie notwendig dafür eine aufgabengerechte kommunale Finanzausstattung ist. Bei einem Einnahmenvolumen von 1,27 Mrd. Euro und Ausgaben von 1,41 Mrd. Euro verzeichnet die Region auch bei sparsamster Haushaltsführung im Entwurf 2011 einen Fehlbetrag (Defizit) von 139 Mio. Euro. Ohne eine tragfähige kommunale Finanzreform und eine Übernahme dynamisch steigender Sozialkosten durch Bund und Länder ist die politische Handlungsfähigkeit in Gemeinden, Städten, Kreisen – und eben auch der Region akut bedroht. Deshalb streiten wir für eine solide finanzielle Basis zur Erledigung der kommunalen Aufgaben durch eine Finanzreform, die die bewährte Gewerbesteuer auf eine breitere Basis stellt. Wir treten dafür ein, dass die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit konsequent fortgesetzt wird. Beide Forderungen sind Voraussetzung für eine kluge Konsolidierungsstrategie aus »sparen, wo vertretbar und investieren, wo rentierlich und erforderlich«.

Region, Städte und Gemeinden sitzen bei der Daseinsvorsorge in einem Boot. Deshalb fordern wir gerade vor dem Hintergrund der Schuldenbremse, dass sich Bund und Land nicht zu Lasten der Kommunen sanieren. Ganz im Gegenteil: Es gilt an dem Grundsatz des Konnexitätsprinzips (»Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen!«) festzuhalten. Die Übertragung von Aufgaben muss an eine auskömmliche Finanzierung gekoppelt sein. Die Regionsumlage wird von uns weiter auf der Basis kommunaler Partnerschaft gestaltet. Allein die absehbaren Herausforderungen aufgrund der demographischen Entwicklung wirft die Frage nach der Ausgleichsfunktion künftiger Regionalpolitik auf.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß und im notwendigen Umfang voranbringen.
- Wir werden jährliche Einsparvorgaben entwickeln und gleichzeitig die Gewinnabführung solventer öffentlicher Unternehmen der Region Hannover im Rahmen des wirtschaftlich Vernünftigen, das heißt maßvoll, erhöhen.
- Wir werden weiter in Zukunft investieren und die »freiwilligen Leistungen« stabilisieren.
- Wir werden neue Wege eröffnen, die Bürgerinnen und Bürger bei der Definition künftiger Ausgabenschwerpunkte, Einnahmgestaltung und Ausgabenpolitik einzubinden.

Starke Unternehmen der Region

Wir verknüpfen vorsorgende Haushaltspolitik und Finanzplanung mit regionalwirtschaftlich verankerten kommunalen Unternehmen. Unser Ziel ist, Unternehmen, Arbeits- und Ausbildungsplätze im Rahmen leistungsfähiger Wertschöpfungsketten bei der Region zu sichern. Ob durch die Sparkasse, das Klinikum Region Hannover, den ÖPNV mit üstra und RegioBus, aha in der Abfallwirtschaft oder der Kreissiedlung im Wohnungsbau – die Region beweist überzeugend, dass unter kommunaler Führung und fairer Anwendung der Regeln der Tarifpartnerschaft effizient und wirtschaftlich erfolgreich Unternehmen geführt und Dienstleistung vorgehalten werden können. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen einstellen und dafür sorgen, dass durch unsere Personalentwicklungsprogramme qualifiziertes Personal beider Geschlechter für wichtige Funktionen vorbereitet wird.

Denkbar sind jährliche Einsparvorgaben ebenso wie maßvolle Erhöhungen bei der Gewinnabführung solventer öffentlicher Unternehmen. Wir werden weiter in Zukunft investieren und die »freiwilligen Leistungen« stabilisieren. Ziel bleibt ein ausgeglichener Haushalt. Auf dem Weg dahin werden wir neue Wege eröffnen, die Bürgerinnen und Bürger bei der Definition künftiger Ausgabenschwerpunkte, Einnahmgestaltung und Ausgabenpolitik einzubinden.

Das haben wir uns für die nächsten fünf Jahre konkret vorgenommen:

- Wir werden die Unternehmen der Region Hannover in kommunalem Eigentum belassen und die öffentliche Trägerschaft beibehalten.
- Wir werden in den Unternehmen der Region Hannover sichere und gute Arbeitsbedingungen bieten. Damit schließen wir insbesondere eine Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse, die gerade für Jüngere keine Lebensplanung erlauben, und Leiharbeit aus.
- Wir werden die Ausbildungsquote in unseren Unternehmen auf einem hohen Niveau halten. Unser Ziel ist eine Ausbildungsquote von mindestens sieben Prozent Auszubildenden pro Unternehmen der Region Hannover.
- Wir werden den Frauenanteil in Führungspositionen durch Personalentwicklungsprogramme erhöhen. Unser Ziel ist eine Quote von mindestens 40 Prozent Frauen und langfristig von jeweils 50 Prozent Frauen und Männern in den Führungspositionen und Aufsichtsräten der Unternehmen der Region Hannover.

VI. SPD – stark für die Region Hannover.

Wählen gehen!

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten zur Kommunalwahl am 11.09.2011 an, um die Region Hannover weiter zu stärken und den Menschen, die hier leben, ein gutes Leben zu ermöglichen. Es geht darum, die politischen Weichen für die Zukunft in der Region Hannover und in den Städten und Gemeinden der Region zu stellen.

Als SPD treten wir mit einem klaren Profil der sozialen Verantwortung, der wirtschaftlichen Vernunft und der ökologischen Erneuerung an. Damit wollen wir erneut die Mehrheit der Menschen in der Region Hannover für unsere Kandidatinnen und Kandidaten und unsere Politik gewinnen.

Denn die SPD ist die Partei der sozialen Verantwortung.

Wir stehen für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge in der Region Hannover, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen soll. Mit unserem Konzept einer guten Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung sichern wir die gesellschaftliche Teilhabe und stärken das Gemeinwohl. Wir widersprechen den Rezepten der Privatisierung von CDU und FDP. Deren geforderter Abbau von Bürgerdienstleistungen ist keine Alternative für eine Region, die sich eine hohe Lebensqualität für alle Menschen zum Ziel setzt. Wir sind der Überzeugung, dass Krankenhäuser, kommunale Stadtwerke, Sparkassen, Busse und Bahnen sowie viele weitere Einrichtungen, die notwendige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in der Region Hannover erbringen, nicht dem Renditedenken und den freien Kräften des Marktes unterworfen werden dürfen. Sie stellen unverzichtbare Einrichtungen der Grundversorgung dar, die sich nicht nur wenige, sondern alle leisten können müssen. Dafür ist die Region Hannover, wie wir sie erdacht, aus der Taufe gehoben und in den letzten 10 Jahren gestaltet haben, eine Garantie. Das wissen und wollen die Menschen in der Region Hannover.

Denn die SPD ist Partei der wirtschaftlichen Vernunft.

Wir stehen für eine Region Hannover, die sich der hier ansässigen Wirtschaft verbunden fühlt, und wir stehen für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten, dem Handwerk, den kleinen und mittelständischen und großen Unternehmen. Sie sind die Garanten für gute Arbeit zu fairen

Löhnen. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sind es, die von der sozialdemokratischen Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge und dem für Unternehmen wichtigen sozialen Infrastruktur profitieren. Wir stehen für einen gerechten Ausgleich zwischen den Regions-Kommunen und für eine Region Hannover, die die öffentlichen Finanzen trotz der immer mehr werdenden Aufgaben, die Bund und Land den Kommunen und der Region aufbürden, solide führt und nach Kräften konsolidiert. Dies, ohne der Versuchung eines ruinösen Kaputtsparens zu verfallen.

Denn die SPD ist die Partei der ökologischen Erneuerung.

Wir stehen für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und den Schutz des globalen Klimas durch lokales Handeln. Wir wollen auf regionaler Handlungsebene einen wirksamen Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, zur Ressourcenschonung sowie zu langfristiger Versorgungssicherheit und einer nachhaltigen Entwicklung leisten. Unser Ziel ist es, die CO₂-Emissionen im Regionsgebiet bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 um 40% zu verringern und die klimaneutrale Region Hannover zu schaffen. Ökologische Erneuerung ist eine Frage des Überlebens in der Welt, aber sie beginnt vor Ort.

Deswegen sagen wir: Bitte gehen Sie wählen.

Und wenn Sie für eine Politik der sozialen Verantwortung, der wirtschaftlichen Vernunft und der ökologischen Erneuerung sind, dann wählen Sie bitte SPD.

Kontakt

SPD Unterbezirk Region Hannover

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Telefon 0511.1674-240

Fax 0511.1674-266

info@spd-region-hannover.de

www.spd-region-hannover.de

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Stadtverband-Hannover

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Kolja Baxmann

Layout und Satz: Anette Gilke

Titelfoto: Shutterstock